

Wahlprogramm

CampusGrün

2024

#StuPa-Wahl24



Inhalt

Klima- und Umweltschutz	3
Nachhaltigkeit und Mobilität	4
Ressourcenschonender Konsum	5
Ökologie	6
Demokratie und Gerechtigkeit	7
Was haben wir bisher geschafft:	7
Sexismus und Queerfeindlichkeit	7
Rassismus und Antisemitismus.....	8
Ableismus.....	10
Klassismus	10
Demokratische Uni	11
Wir wollen Graswurzeln sein.....	12
Antifaschismus	13
Studierende Absichern	14
Was haben wir bisher geschafft:	14
Finanzielle Sicherheit.....	15
Gesundheit fördern.....	17
Wohnen für alle	17
Faire Arbeit	18
Studium und Lehre vereinfachen	20
Barrierefreiheit.....	20
Digitalisierung.....	21
Menschliches Studium	22

Klima- und Umweltschutz

Die Klimakrise und die Biodiversitätskrise sind die beiden existenziellen Bedrohungen unserer Zukunft. Die Uni, das Studierendenwerk und auch wir als Studis müssen daher unseren Beitrag zu Klima- und Umweltschutz leisten. Die Uni Münster hat sich in ihrem Mission-Statement zum Pariser Klimaabkommen bekannt und eine Nachhaltigkeitsstrategie entwickelt. Wir als CampusGrün setzen uns dafür ein, dass durch konkrete Maßnahmen das Ziel einer Klimaneutralität auch schnell erreicht wird!

Auch in den vergangenen Jahren hat CampusGrün durch verschiedene Projekte dazu beigetragen, dass Nachhaltigkeit in Mobilität, Ernährung und Konsum gefördert wird.

Was haben wir bisher geschafft:

- + Mit Tretty kostenlose Nutzung von Fahrrädern, Rollern und Lastenrädern für alle Studis im Semesterticket
- + Einführung des bundesweiten Semestertickets für 60% des Preises des Deutschlandtickets
- + Ausbau der Fahrradinfrastruktur, z. B. durch Reparaturstationen und Pumpen, Lastenradverleih und der Kooperation mit der Jib-Fahrradwerkstatt
- + FairTeiler im AStA gegen Lebensmittelverschwendung
- + Info-Reader „Nachhaltig durch Münster“
- + Info Reader “How to Haushalt”
- + Veranstaltung der nachhaltigen O-Woche mit der Green Office Initiative
- + Veranstaltung von Workshops zu nachhaltiger Ernährung und Konsum
- + Stärkung von Biodiversität und Artenschutz durch studentische Gärten
- + Förderung des Austausches mit dem Studierendenwerk und der Universität Münster für mehr Nachhaltigkeit in Mensen und universitären Strukturen
- + Mitarbeit am Mobilitätskonzept und der Nachhaltigkeitsstrategie der Uni Münster
- + Kampagne zu nachhaltiger Mobilität
- + Lokale Unterstützung der DACH-weiten Hochdruck-Kampagne für eine sozial-ökologische Transformationen an Hochschulen



Nachhaltigkeit und Mobilität

Wir setzen uns für mehr Nachhaltigkeit in der Lehre ein, um fachübergreifende Bildung und Forschung zum Thema Klimakrise zu ermöglichen. Übergeordnetes Ziel ist die Implementierung von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der universitären Lehre aller Disziplinen. Darüber hinaus ist die Erweiterung des Kompetenzbereichs Nachhaltigkeit in den Allgemeinen Studien anzustreben, um möglichst vielen Studierenden die Möglichkeit zu geben, sich auf der Ebene weiterzubilden. Auch die Förderung von Lernen durch Engagement ist hier zu bedenken.

Bei der Umsetzung dieser Ziele kann uns die Koordinierungsstelle für Nachhaltigkeit helfen. Wir fordern einen Ausbau dieser Stelle zu einem Green Office. Es sollen sowohl studentische als auch nicht-studentische Mitarbeitende gemeinsam daran arbeiten, dass Maßnahmen in Lehre, Forschung, Betrieb, Transfer und Governance entwickelt und konsequent umgesetzt werden und zudem regelmäßig eine hochschulspezifische Nachhaltigkeitsbilanzierung mit abschließendem Bericht veröffentlicht wird. Nur so kann unser Ziel einer klimaneutralen und ressourcenschonenden Universität erreicht werden.

Um Emissionen zu reduzieren, brauchen wir eine Mobilitätswende. Zu diesem Zweck hat die Uni ein Mobilitätskonzept entwickelt, welches sich jedoch auf die Beschäftigtenmobilität konzentriert. Daher fordern wir als CampusGrün: Bedenkt eure Studierenden - der Umweltverbund muss für alle Mitglieder der Uni die attraktivste Wahl sein! Eine Grundsätzliche Forderung von CampusGrün ist ein solidarisches und kostengünstiges Semesterticket. Das seit Sommersemester gültige Bundesweite Semesterticket für 60% des Preises des Deutschlandtickets ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, dabei darf es allerdings nicht bleiben. Wir fordern kostenlosen öffentlichen Personennahverkehr für alle jungen Menschen in Deutschland. Das würde nicht nur die finanzielle Belastung reduzieren, sondern auch die Verkehrswende entscheidend voranbringen.

Auf der anderen Seite braucht es ein Ausbau des Angebots. Besonders der Nahverkehr in Münster wird seiner Aufgabe nicht gerecht. Wir begrüßen das die Stadtwerke auf unser Anregen die Uni-Ringlinie zurückbringen, fordern aber weiter insbesondere ein Ausbau der Nachbusverbindungen.

Da manche Menschen auf ein Auto angewiesen sind, muss der öffentliche Nahverkehr durch Infrastruktur für E-Mobilität, wie Ladestationen an Uni-Gebäuden, ergänzt werden. Auch die kostengünstige und solidarische Nutzung von Tretty Lastenfahrräder und Fahrrädern, die wir letzte Legislatur als CampusGrün im AStA eingeführt haben, ist ein wichtiger Baustein

in einer solidarischen und flexiblen Mobilität für Studies. Diese muss fortgeführt und ausgebaut werden.



Ressourcenschonender Konsum

Die Präferenzen von Studierenden beim Mensaessen haben sich in den letzten Jahren hin zu einer bedeutend größeren Nachfrage von vegan/vegetarischen Gerichten gewandelt. Das Studierendenwerk reagiert hier zwar stetig auf Veränderungen, doch das geht für uns nicht weit genug. Um der ökologischen und moralischen Verantwortung gerecht zu werden fordern wir, dass nur noch pflanzliche Gerichte gefördert werden. So behalten wir ein breites Angebot für alle Studierende aber setzen finanzielle Anreize hin zu einem nachhaltigeren Konsum. Um das Essen in den Mensen und Bistros nachhaltiger, abwechslungsreicher und gesünder zu gestalten, ist es für uns essenziell, dass hier mehr auf saisonale, regionale, biologische, fair gehandelte und plastikfreie Produkte gesetzt wird. Außerdem sollte auf mehr Transparenz bezüglich der Inhaltsstoffe, Herkunft und CO₂- Bilanz geachtet werden. Dabei muss jedoch klar sein: Der Wandel hin zu einer nachhaltigeren, gesünderen Ernährung darf nicht einseitig von den Studierenden bezahlt werden. Es bedarf daher unbedingt einer besseren Finanzierung der Studierendenwerke durch das Land, damit das Mensaessen langfristig bezahlbar bleibt. Als unerlässlich in der studentischen Versorgung sehen wir die Bistros an, welche sich gleichzeitig sehr gut als Orte für Pilotprojekte rein veganer Angebote eignen. Wir begrüßen die Umstellung der Bispinghof-Mensa auf rein vegan/vegetarische Gerichte. Nachhaltigkeit fordern wir auch in der Energieversorgung. Das Einsparpotential sollte stetig geprüft und umgesetzt werden. Die Universität muss darauf hinwirken, dass auch das eigene Heizkraftwerk auf erneuerbare Energiequellen umgestellt wird und die Umsetzung des Photovoltaik-Konzepts für Uni-Dächer, welches von uns im AStA mit erarbeitet wurde, wieder aufgenommen wird.

In dem Zusammenhang fordern wir auch eine Nachhaltigkeitsordnung für die Studierendenschaft, um die oben genannten Kriterien verbindlich zu festzuhalten.



Unsere Uni soll grüner werden und das nicht nur im übertragenen Sinne. Wir setzen uns gegen weitere Flächenversiegelung und für Begrünungsmaßnahmen zur Förderung der Biodiversität ein. Durch die gezielte Förderung von heimischen Pflanzenarten auf den von der Universität verwalteten Grünflächen können wir einen wertvollen Beitrag zur Bekämpfung des Insektensterbens und zum Erhalt der Artenvielfalt leisten. Eine Begrünung mit Bäumen und Sträuchern auf dem Universitätsgelände kann für ein ausgeglichener temperiertes und schadstoffärmeres Stadtklima sowie Erhaltung der Biodiversität von Insekten, Vögeln und Kleinsäugetieren sorgen. Initiativen wie die studentischen Gärten sollen ausgebaut werden, da sie nicht nur im ökologischen Sinne förderlich sind, sondern auch Raum für einen politischen Diskurs bieten.

In wissenschaftlichen Experimenten werden häufig Tiere als Versuchsobjekte benutzt. Als CampusGrün positionieren wir uns eindeutig gegen Tierversuche und wollen langfristig auf eine tierversuchsfreie Forschung hinarbeiten. Es sollte umfangreich über mögliche innovative Alternativen zu tierexperimenteller Forschung aufgeklärt und diese gefördert werden. Die Kommission für tierexperimentelle Forschung sollte daher in den gesetzlich vorgeschriebenen Tierschutzausschuss überführt werden und dieser um studentische Mitglieder erweitert werden.

Unsere Ziele im Überblick:

- + Mehr Nachhaltigkeit in der Lehre aller Fachbereiche sowie die Erweiterung der Koordinierungsstelle für Nachhaltigkeit zu einem Green Office
- + Ausbau der Busverbindungen und eine Erweiterung der Park-Infrastruktur für Fahrräder an Uni-Gebäuden
- + Eine Nachhaltigkeitsordnung für die Studierendenschaft
- + Finanzielle Begünstigung nur noch von pflanzlichen Produkten sowie mehr biologische, regionale, saisonale und fair gehandelte Produkte in Mensen und Bistros
- + Verbesserung der finanziellen Situation der Studierendenwerke durch das Land NRW und Entlastung der Studierenden beim Sozialbeitrag
- + Stärkung des Bewusstseins und der Kompetenzen von Studierenden für einen nachhaltigen Lebensstil und zivilgesellschaftliches Engagement
- + Solaranlagen auf allen Dächern und ausschließlich echten Ökostrom für Uni und Studierendenwerk
- + Hinarbeiten auf eine tierversuchsfreie Forschung und Alternativen zur tierexperimentellen Forschung fördern.

Demokratie und Gerechtigkeit

Ein Studium soll kein Rennen zum Abschluss sein. Wir sind an dieser Uni, um uns als Menschen weiterzubilden und die Welt ein Stückchen besser zu machen. Deshalb gilt es insbesondere, an der Uni bestehende Diskriminierungsformen zu bekämpfen und für gesellschaftliche Verbesserungen einzustehen.

Was haben wir bisher geschafft:

- + Umbenennung der Uni
- + Unterstützung vieler Studierender durch den Krisenfonds
- + Zurverfügungstellung eines Awarenesskonzepts und -telefons in der O-Woche
- + Quotierung bei Personalbesetzungen durch CampusGrün
- + Vorträge und Workshops des AStA zu Themen rund um Intersektionalität



Sexismus und Queerfeindlichkeit

Wir wollen weiter entschieden gegen Sexismus und Queerfeindlichkeit vorgehen. Vor allem in den Machtgefällen der Uni ist es schwer, diese aufzuzeigen und wirksam zu bekämpfen, wenn es von Personen in Autoritätspositionen zu sexistischen/queerfeindlichen Äußerungen und übergreifendem Verhalten kommt. Deshalb fordern wir die Etablierung einer unabhängigen Beschwerdestelle sowie einen konsequenten Umgang der Uni mit Machtmissbrauch.

Auch auf studentischer Seite sehen wir Probleme: Es muss weiterhin darauf geachtet werden, dass erarbeitete Awarenesskonzepte für die O-Woche konsequent in allen Fachbereichen umgesetzt werden. Hier werden wir die bestehende Zusammenarbeit und Vernetzung mit den Fachschaften weiter ausbauen.

Die O-Wochen sind außerdem immer noch ein Rekrutierungsort für Studierendenverbindungen, die durch Verbindungspartys und günstige Wohnungsanzeigen Erstis anlocken. Wir stellen uns weiterhin entschieden gegen diese Bünde, die patriarchale und

diskriminierende Strukturen fördern und fordern eine Streichung aller Verbindungen aus der Matrikel. Wir möchten in Kooperation mit den Fachschaften besser über diese Praktiken aufklären und Konzepte zur Bekämpfung von Verbindungen erarbeiten.

Menstruierende Personen machen einen großen Teil der Studierendenschaft aus – ihnen kostenlos und niedrigschwellig Periodenprodukte zur Verfügung zu stellen, sehen wir als unerlässlich an. Da nicht nur weibliche Personen menstruieren, ist die Bereitstellung auf allen Toiletten wichtig. Zusätzlich müssen alle Toiletten mit Mülleimern ausgestattet werden, sodass alle menstruierenden Personen ihre Periodenprodukte überall einfach entsorgen können. Periodenarmut ist ein reales Problem, welches menstruierende Studierende noch zusätzlich zum ohnehin erhöhten Armutsrisiko Studierender gefährdet. Daher fordern wir die Bereitstellung von Periodenprodukten durch die Uni!

Ein nützliches Werkzeug zur Bekämpfung der erschwerten Bedingungen von FLINTA*-Personen sind Quotierungen bei der Studienplatzvergabe und der Besetzung von Gremien. Wir fordern eine Quotierung auf allen Ebenen. FLINTA*-Personen sind an der Uni massiv unterrepräsentiert. Eine Quotierung ist nicht nur aus Gründen der Gerechtigkeit geboten, sondern auch für gute produktive Zusammenarbeit, sind diversere Teams entscheidend. Dass eine Quotierung möglich ist, zeigen wir erfolgreich überall, wo wir vertreten sind, und das sowohl extern als auch intern.

Auf Ebene der Hochschulpolitik darf es nicht weiter unkommentiert bleiben, dass manche Listen vor allem cis-Männer aufstellen. Wir fordern, dass die Wahllisten für das Studierendenparlament quotiert werden. Aber auch vorher wollen wir ansetzen und uns dafür einsetzen, dass die Hochschulpolitik endlich ein Ort wird an dem sich FLINTA* wohl fühlen und gerne engagieren wollen. Konkret planen wir uns in der nächsten Legislatur dafür einzusetzen, dass es auf den Wahllisten die Möglichkeit gibt Pronomina anzugeben.



Rassismus und Antisemitismus

Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus sind Lebensrealität zahlreicher Studierender. Wir erkennen diese Realität an und solidarisieren uns mit den Betroffenen. Nur reichen bloße Solidaritätsbekundungen nicht aus, um die Situation dieser Menschen zu verbessern und wir kämpfen deshalb für die ernsthafte Berücksichtigung von BIPoC, Jüd*innen, Sinti*zzen und Rom*nja in unserer Gesellschaft.

Das BIPoC-Referat ist hierbei als basisdemokratische Vertretung der Community rassistisch bedrohter Minderheiten nicht mehr wegzudenken. Grundsätzlich gilt es rassistische, antisemitische und antiziganistische Strukturen tiefgreifend anzugehen.

Seit dem Angriff vom 07. Oktober durch die Hamas auf israelische Zivilist*innen und der Verschärfung des Kriegs, der auf beiden Seiten tausende zivile Opfer fordert, nimmt die Debatte auch in Deutschland wieder mehr Raum ein. Dabei nehmen aber antisemitische prägen auch in Deutschland die Debatte. Antisemitische und rassistische Zuschreibungen und Aussagen haben stark zugenommen. Besonders an Unis wird dieser Konflikt zunehmend ausgetragen. Hier ist für uns klar, die Uni muss ein sicherer Ort für alle Studierenden sein und antisemitische und rassistische Anfeindungen gefährden nicht nur die Studierenden selbst, sondern auch die Uni als Ort von Austausch und Diskussion. Wir unterstützen hier insbesondere präventive Maßnahmen in den Unis. Bei repressiven Antworten der Hochschulen muss aber auch das Recht auf Versammlungen gewahrt und demokratischer Diskurs toleriert werden.

Um die eigenen Rassismen zu erkennen und zu verstehen, brauchen wir umfassende Angebote, die sich speziell an weiße Studierende richten. Konkret schlagen wir vor, Kurse zu den Themen Critical Whiteness und Allyship im Rahmen der Allgemeinen Studien für alle zugänglich zu machen. So sollte die Uni allen Studierenden die Möglichkeit geben, sich durch verschiedene Bildungsangebote intensiv und kritisch mit von Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus geprägten Kapiteln der deutschen Geschichte, z.B. der Kolonialzeit, der nationalsozialistischen Diktatur oder der Gastarbeiter*innen-Politik der 1960er und 1970er Jahre, auseinanderzusetzen. Die deutsche Kolonialgeschichte sowie insbesondere der Völkermord an den Herero und Nama muss auch in der Forschung kritisch aufgearbeitet werden. Ferner setzen wir uns für eine unabhängige Rassismus-Beschwerdestelle sowie die Änderung aller kolonialistisch motivierter Straßennamen ein. Mit uns haben Rassismus, Antisemitismus und Antiziganismus keinen Platz an dieser Uni. Für ein besseres Miteinander gilt es den rassistischen, antisemitischen und antiziganistischen Strukturen in unserer Gesellschaft konsequent mit progressiven Strukturen zu begegnen. Dies umfasst insbesondere die Aufklärungsarbeit gegen rassistische, antisemitische und antiziganistische Narrative, Vorurteile, Mythen und Ausgrenzungen sowie die Verdrängung diskriminierender und verletzender Sprache.

Durch das Anstreben der Anonymisierung bei Prüfungsleistungen soll die Uni unterbewusst verinnerlichte menschenverachtende Vorstellungen bei Dozierenden als Bewertungskriterium zurückdrängen. Zudem sollen für alle religiösen Minderheiten Gebetsräume, über das Gebiet der Uni verteilt, angeboten werden.



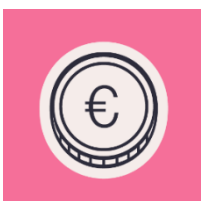
Ableismus

Kein Mensch sollte aufgrund der eigenen Fähigkeiten abgewertet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass Menschen im Uni-Alltag nicht länger auf ihre körperliche oder psychische Behinderung, auf eine chronische Erkrankung oder Neurodivergenzen reduziert werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir, dass in unserer Gesellschaft ein Bewusstsein für Behinderungen entsteht, welches insbesondere den gerechten Umgang mit Menschen umfasst und über schädliche Vorstellungen und Vorurteile aufklärt.

Essenziell für den Kampf gegen den Ableismus ist die Inklusion. Die Uni muss es Menschen möglich machen, ihrem Studium niedrigschwellig nachzugehen.

Ebenfalls wichtig ist die historische Aufarbeitung des Ableismus, um den heutigen Ableismus effektiv bekämpfen zu können. Unter anderem fordern wir die Aufklärung über die Abwertung behinderter Menschen im Nationalsozialismus und insbesondere das nur langsam abnehmende Schweigen über psychische Krankheiten. Für Gruppen, die besonders von Vorurteilen betroffen sind, soll ein gesellschaftliches Klima angestrebt werden, worin diese Menschen offen über ihre Situation sprechen können, ohne angefeindet oder anderweitig diskriminiert zu werden. Es ist wichtig, dass die Betroffenen von Ableismus bei der Suche nach Hilfe nicht zusätzlich traumatisiert werden.

Die Strukturen der Uni, die sich gegen den Ableismus richten, gilt es weiter zu stärken. Dies gilt insbesondere für die Vertretungen der Studierenden mit Behinderung und chronischen Krankheiten des Senats, des AStA und Fachbereiche.



Klassismus

Kinder von Akademiker*innen nehmen häufiger ein Studium auf und brechen es seltener ab als Kinder aus Armut oder aus Arbeiter*innenfamilien. Hierfür sind Hürden verantwortlich, die wir abbauen wollen. Seien es versteckte Studiengebühren wie Kosten für Laborpraktika und Exkursionen, welche einkommensschwache Studierende zusätzlich belasten oder ausschließen, oder Anwesenheitspflichten für Veranstaltungen, die das Ausführen von Nebenjobs oder die Betreuung von Kindern oder pflegebedürftigen Angehörigen erschweren. Wir stellen uns gegen Vorhaben und Strukturen, welche eine akademische Ausgrenzung fördern.

Das Kultursemesterticket ist ein wichtiges Mittel, um Studierenden Zugang zu Kulturveranstaltungen mittels vergünstigter Preise zu ermöglichen, sodass die Schranken, die finanzielle Benachteiligung mit sich bringt, für betroffene Studis so gut es geht überwunden werden können. Zur Teilhabe am Universitätsleben gehört die Freizeitgestaltung genauso dazu wie die akademische Teilhabe.

Wir wollen die Unterstützung für finanziell und kulturell benachteiligte Studierende ausbauen und fordern zentrale Ansprechpartner*innen an der Universität und Beratungsangebote in den Fachbereichen, um finanziell und kulturell benachteiligte Studierende besser zu unterstützen.



Demokratische Uni

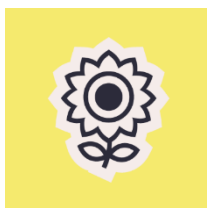
Forschungsfreiheit ist in unserem Grundgesetz verankert. Genauso ist dort aber auch die Friedensfinalität festgeschrieben. Häufig wird argumentiert, die Zivilklausel würde die Forschungsfreiheit einschränken. Forschung ist aber nie komplett frei. Sie wird immer von Recht und Ethik begrenzt. Dabei sind diese beiden Faktoren keine festen Größen und müssen im gesellschaftlichen Wandel immer wieder neu verhandelt werden. Grenzenlose Forschung ohne rechtliche und ethische Einschränkungen kann und darf es nicht geben. Diese Einschränkungen sind nicht politisch-ideologischer Herkunft, sondern beziehen sich darauf, welche Zukunft wir uns wünschen. Die Friedensfinalität stellt dabei eine geschichtliche Errungenschaft aus den Erfahrungen zweier Weltkriege und der Militarisierung der Kaiserzeit und des Nationalsozialismus dar, die es gilt, aufrecht zu erhalten und zu verteidigen. Hochschulen sind nicht der Ort, um militärische Konflikte auszutragen. Sie sollten Forschung und Lehre so betreiben, dass sie zu einer gerechteren, sozialeren und nachhaltigeren Welt beitragen. Deshalb fordern wir an der Zivilklausel der Uni festzuhalten und diese zu stärken.

Wir fordern die Demokratisierung der Uni, damit unsere studentischen Interessen endlich Beachtung finden und wir aktiv etwas verändern können. Ungefähr 43.000 Studierende werden im wichtigsten Entscheidungsgremium der Uni - dem Senat - von nur vier Senator*innen vertreten! Die Viertelparität ist ein guter Weg, um die professorale Überrepräsentanz zu senken und für eine gerechte Repräsentanz der Gruppen im Senat zu sorgen. Das bedeutet, dass jede beteiligte Personengruppe (Studierende, akademische Mitarbeiter*innen, nicht akademische Mitarbeiter*innen, und Professor*innen) künftig zu 25% vertreten sein soll. Dies wird in Gremien, die lediglich eine beratende Funktion haben, bereits angewendet, doch unserer Meinung nach ist das nicht ausreichend. Vor kurzem wurden die von uns zuvor stark kritisierten Senatswahlkreise abgeschafft und durch einen Einheitswahlkreis für alle Studierenden ersetzt. Wir begrüßen diesen Schritt und werden uns aktiv dafür einsetzen, dass diese Demokratisierung auch bei zukünftigen Senatswahlen bestehen bleibt.

Zudem fordern wir eine studentische Beteiligung an der Leitung der Uni in Form eines studentischen Prorektorats. Wir haben immer wieder Grund zur Annahme, dass das Rektorat realitätsferne Vorstellungen von studentischen Belangen hat. Deshalb braucht es eine studentische Perspektive im Rektorat.

Ebenfalls zur Demokratisierung der Uni gehört die Öffnung der universitären Organisationsstrukturen für eine niedrighschwellige studentische Beteiligung und mehr Transparenz. Alle Studierenden sollten die Möglichkeit haben, auf dieselben Informationen zuzugreifen, die den Gremien der Uni vorliegen, sofern hierdurch keine Persönlichkeitsrechte verletzt werden. Der Anspruch der Uni sollte hierbei sein, nachvollziehbar darzustellen, warum, wie und was sie tut. Für eine aktive Graswurzeldemokratie fordern wir zudem das Recht für alle Studierenden, sich in alle Entscheidungsprozesse der Uni einbringen zu können, etwa durch die Teilnahme an Sitzungen, das Stellen von Anträgen sowie das niedrighschwellige Einbringen von Ideen. Vorschläge von Studierenden müssen, wenn sie von der Verwaltung nicht übernommen werden, in Gremien weitergetragen und dort diskutiert werden.

Im Übrigen wollen wir den Hochschulrat abschaffen. Der Grundgedanke des Hochschulrates folgt dem eines Aufsichtsrates einer Aktiengesellschaft. Mindestens die Hälfte der Mitglieder hat nichts mit der Uni zu tun. Der Hochschulrat steht dabei über dem Senat und entscheidet über die Finanzen und die strategische Ausrichtung der Uni. Für eine Demokratisierung der Uni ist es unumgänglich, den direkt gewählten Senat wieder zum höchsten Gremium der Uni zu machen und das Experiment dieser Art Aufsichtsrat für Universitäten zu beenden.



Wir wollen Graswurzeln sein

Das Konzept der studentischen Selbstverwaltung ist sinnvoll und erhaltenswert. Wir Studis gestalten neben unseren Lehrveranstaltungen unser Unileben aktiv mit - doch leider sind die vielfältigen Möglichkeiten oft nicht bekannt oder können aus verschiedenen Gründen nicht richtig genutzt werden.

Studentische Hilfskräfte sind durch ihr Arbeitsverhältnis zusätzlich zu ihrem Studium mit ihren Professor*innen in einem doppelten Machtverhältnis und wir planen, weiterhin für ihre Vertretung gegenüber ihren Arbeitgeber*innen einzustehen und dafür insbesondere die Initiative TVStud aktiv zu unterstützen!

Grundsätzlich sollen die Beteiligungsmöglichkeiten allen Studis zugänglich sein. Dies soll durch einen ausführlichen und verständlichen Überblick geschehen, der in Form von Infomaterialien über Mailverteiler, in Ersti-Beuteln, auf der Website, etc. verschafft werden soll. Die Hochschulpolitik kann von mehr Aufmerksamkeit und höherer Beteiligung nur profitieren. Deshalb wollen wir auch die Hochschulwahlen selbst besonders stark bewerben. Wir fordern, dass auch das Rektorat, Dekanate und alle Lehrenden sich für die Stärkung der studentischen Wahlen einsetzen und die Studierenden in Rundmails oder in Lehrveranstaltungen auf ihre partizipatorischen Rechte hinweisen und zur Wahl und damit zur Mitgestaltung ihrer eigenen Uni aufrufen.

Auch innerhalb unserer Selbstverwaltung können wir die Mitbestimmung verbessern, indem wir z. B. Hilfe für studentische Gruppen bei der Formulierung und Stellung von Finanzanträgen in den jeweiligen Gremien anbieten oder die Selbstverwaltung der studentischen Medien stärken. Auch mangelt es vielen Studierenden in Doppelabschluss-Studiengängen an unseren Partnerunis an Möglichkeiten zur Selbstbestimmung im Studium; mit diesen Studis gilt es weiterhin, sich zu vernetzen und ihre Position zu stärken. Zuletzt ist es uns wichtig, dass das studentische Kulturzentrum "Baracke" weiterhin erhalten und in studentischer Hand bleibt. Diese Erfolgsgeschichte studentischer Selbstorganisation wird und soll weiterhin Bestand haben!



Antifaschismus

Wir stehen weiterhin für eine antifaschistische Uni ein. Die Bekämpfung reaktionärer und faschistischer Tendenzen spielt weiterhin eine wichtige Rolle an unserer Universität. Dies ist besonders wichtig in einer Zeit, in der Populist*innen wieder erstarren.

Wir haben Wilhelm II. abgeschafft! Den Namen eines glühenden Antisemiten, Kriegstreibers, Völkermörders der Herero und der Nama und eines Feindes der Demokratie. Ein Name, den wir viel zu lange getragen haben, ist nun endlich Geschichte. Dies war nicht zuletzt dem Informationsprojekt, dem Wilhelm-Reader, für den wir uns eingesetzt haben, zu verdanken.

Doch damit haben wir unser Ziel noch lange nicht erreicht. Wir Studierenden müssen unser Engagement für den Frieden weiter ausbauen. Wir lehnen Vorträge, Werbung, Auftritte oder sonstige Anwesenheit von Rüstungsindustrie und Militär in der Uni klar ab. Die Zivilklausel der Uni muss bestehen bleiben und klar befolgt werden - Forschung an der Uni Münster darf nur zivilen Zwecken dienen. Wir glauben trotzdem, dass es wichtig ist Räume zu schaffen, in denen Studierende sich informieren, austauschen und eine Meinung bilden können, halten es aber für sinnvoller dies in Abwesenheit etwaiger Industrien zu tun.

Als Vertretung der Studierendenschaft kann der AStA bei Themen mitwirken, die uns alle betreffen: Studierende sind keine vom Rest der Gesellschaft abgekoppelte Spezies, sondern Teil von ihr. Dementsprechend befürworten und verfolgen wir weiterhin die Unterstützung und aktive Beteiligung des AStAs in progressiven Bündnissen und die Unterstützung und den Aufruf zu politischen Kämpfen für eine bessere Welt. Nichts anderes kann von unserer Interessensvertretung erwartet werden.

Unsere Ziele im Überblick:

- + Auseinandersetzung zu Antisemitismus und Rassismus in allen Studiengängen
- + Kostenlose Menstruationsprodukte und Entsorgungsmöglichkeiten auf allen Uni-Toiletten
- + Vorgehen gegen Verbindungen in Form von Bildungs- und Aufklärungsarbeit
- + Anonymisierung aller Studien- und Prüfungsleistungen
- + Quotierte StuPa-Listen
- + Viertelparität in Uni-Gremien
- + Hochschulrat abschaffen
- + Barrierefreier Zugang zu allen Unigebäuden
- + Stärkung der Zivilklausel
- + Weniger versteckte Studiengebühren

Studierende Absichern

Ohne eine gute körperliche und mentale Gesundheit funktioniert ein erfolgreiches Studium nicht! Wir müssen alle Studierenden so unterstützen, dass sie nicht durch eine mangelnde Sicherung ihrer Lebensgrundlagen in Not geraten. Daher wollen wir alle Studierenden sowohl finanziell als auch hinsichtlich der Gesundheitsförderung gute Rahmenbedingungen bieten, die auch keine individuellen Bedürfnisse außer Acht lässt.

Was haben wir bisher geschafft:

- + Schaffung eines allgemeinen Krisenfonds zur Unterstützung von Studierenden
- + Beantragungshürden für AStA-Unterstützung gesenkt und Wartezeiten verkürzt
- + Schaffung von Informations- und Beratungsangeboten rund um das Thema BAföG
- + Einsatz auf Landes- und Bundesebene für Unterstützung von Studierenden in Krisenzeiten
- + Schaffung einer unabhängigen psychologischen Beratung im AStA

- + Regelmäßige Veranstaltungen rund um das Thema Mental Health
- + Erstellung von Übersichten zu Anlaufstellen an allen Fachbereichen
- + Schaffung der Wohnbörse und des „deine Couch für Erstis“ Programm
- + Organisation des “Wo(hn) Raum”-Camps, um auf Wohnungsmangel und zu hohe Mietpreise aufmerksam zu machen und dagegen zu demonstrieren
- + Unterstützung von Studierenden mit Mietrechtsproblemen durch unsere Rechtsberatung
- + Einsatz für die Schaffung von mehr studentischem Wohnraum bei Stadt und Land
- + Verhinderung der Abschaffung der SHK-Vertretung
- + Einsatz für Wasserspender in Mensen (bspw. am Aasee eingeführt)
- + Unterstützung für Studierende mit Kind durch ein neues Darlehen



Finanzielle Sicherheit

Studieren ist teuer und BAföG reicht in vielen Fällen nicht aus, um finanziell benachteiligten Menschen ein Studium zu ermöglichen. Deshalb setzen wir uns auf allen politischen Ebenen für eine echte Reform des BAföGs ein. Das grundsätzliche Ziel muss hier ein elternunabhängiges BAföG als Vollzuschuss sein, welches über eine effiziente und benutzer*innenfreundliche Plattform beantragt werden kann. Eine solche Plattform muss außerdem mehrsprachig angeboten werden sowie den Bedürfnissen von Studierenden mit Behinderung gerecht werden. Zu einer bedarfsgerechten Reform des BAföGs gehört die Öffnung der BAföG Förderung für ausländische Studierende, eine realistische Förderungshöchstdauer und die Herabsetzung der Hürden beim Studiengangwechsel. Des Weiteren muss eine Antragstellung nachträglich ermöglicht, die neoliberale Forderung des Leistungsnachweises abgeschafft und BAföG unabhängig vom Alter gezahlt werden. Außerdem müssen Mietstufen eingeführt werden und die Wohnkostenpauschale an die lokalen Mieten angepasst werden.

Probleme beim BAföG liegen auch in der Abwicklung durch die Studierendenwerke: Um eine schnelle und studierendenorientierte Bearbeitung der Anträge in Münster zu erreichen, fordern wir schnellstmöglich eine ausreichende Finanzierung der BAföG-Abteilung des Studierendenwerks Münster. Die generelle Finanzierung der Studierendenwerke in NRW muss stark erhöht werden. Unser Ziel ist eine Ausfinanzierung der Studierendenwerke durch das Land, sodass die Beiträge von Studierenden entfallen können. Wir setzen uns zudem vehement gegen versteckte Studiengebühren, wie zum Beispiel Gebühren für Praktika ein. Das heißt auch, dass die Lehre im Allgemeinen besser finanziert werden muss, um Zusatzkosten für Studierende zu vermeiden.

Der AStA bietet bereits jetzt verschiedene finanzielle Unterstützungsangebote für Studierende in Not. Wir wollen diese Angebote weiter ausbauen und möglichst niedrigschwellig zugänglich machen. Im letzten Jahr haben wir mit dem Krisenfonds einen Nachfolger für den Corona-Notfonds geschaffen, über den Studierende einfach und unbürokratisch finanzielle Unterstützung in Notlagen erhalten können. Dieser soll auch weiterhin erhalten und weiter ausgebaut werden. Wir wollen außerdem Wartezeiten verkürzen und noch mehr Menschen erreichen.

Promovieren ohne Ausbeutung und Armut muss möglich sein. Dazu müssen wir die Arbeitsbedingungen massiv verbessern. Es kann nicht sein, dass eine Anstellung auf 50%-Basis erfolgt, von den Promovierenden aber Arbeitszeiten einer Vollzeitstelle oder darüber hinaus erwartet werden. Auch die Überstunden und Arbeitsschutzgesetze müssen strikt kontrolliert und eingehalten werden, z.B. durch die konsequente Umsetzung der digitalen Zeiterfassung. Unter anderem sollen die Urlaubstage der Promovierenden an die tatsächliche Arbeitszeit angepasst und zudem Ausgleichstage für Überstunden eingeführt werden. Auch muss die Abhängigkeit der Promovierenden vom Wohlwollen der Professor*innen verringert werden.

Ähnliches gilt für das Praktische Jahr (PJ) im Medizinstudium. Auch hier wird den Studierenden von Seiten der Kliniken leider immer noch zu wenig Wertschätzung entgegengebracht. Zudem wird das Praktische Jahr gar nicht oder nur geringfügig vergütet. Das Ziel des PJs, nebenher das theoretische Wissen zu wiederholen und zu festigen, wird dadurch klar verfehlt. Deswegen fordern wir eine faire Bezahlung im PJ und mehr Zeit für Lehre und Selbststudium. Beinahe alle Studierende müssen während ihres Studiums zudem eines oder mehrere verpflichtende Praktika absolvieren. Während dieser Vollzeittätigkeit ist es kaum möglich, einem Nebenjob nachzugehen, um den eigenen Lebensunterhalt weiterhin zu sichern. Daher setzen wir uns dafür ein, Pflichtpraktika im Studium angemessen zu vergüten. Entsprechende studentische Initiativen wie das Bündnis gegen prekäre Praktika wollen wir weiterhin unterstützen und fördern.

Studieren darf kein Privileg sein. Deshalb stehen wir in der Studienförderung für mehr Breitenförderung anstatt der momentan betriebenen Spitzenförderung. Informationsangebote für Stipendien müssen ausgebaut und für alle Studierende zugänglich gemacht werden.



Gesundheit fördern

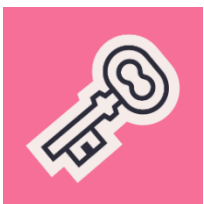
Neben der materiellen Absicherung ist es essenziell, die körperliche und mentale Gesundheit der Studierenden zu verbessern. Die psychologische Beratung an der Uni Münster sollte daher konsequent weiterentwickelt werden. Hierzu ist eine Erhöhung der Stellenzahl für die beratenden Psycholog*innen sowie eine bessere Kommunikation über die Möglichkeit der bereits bestehenden Beratungsangebote notwendig.

Wir fordern weiterhin die Ausarbeitung und Umsetzung eines Konzeptes zur psychischen Gesundheit innerhalb der Universität. Durch dieses Konzept sollen Beratungsangebote für Studierende wie auch Mitarbeitende besser vernetzt, beworben und gefördert werden. Für angehende Lehrer*innen soll es spezielle Beratungsangebote zu den Problematiken von Verbeamtung und psychischer Behandlung geben. Auch über das Thema Sucht im Studium soll besser informiert werden, weswegen wir den Ausbau von Aufklärungs-, Beratungs- und Präventionsangeboten fordern.

Im Allgemeinen fordern wir von der Landesregierung, dem Landes-Asten-Treffen und der Universität eine Anerkennung und Aufklärung der Mental Health-Problematik unter Studierenden. Anstelle von Stigmatisierung und Diskriminierung soll sich stärker für Betroffene eingesetzt werden.

Im Rahmen der Förderung der körperlichen Gesundheit engagieren wir uns für mehr Plätze im Kursangebot des Hochschulsports und möchten das hohe Niveau des aktuellen Angebots beibehalten. Die First-Come-First-Serve-Platzvergabe soll durch ein faires Vergabesystem ersetzt werden, damit alle Studierenden fairere Chancen für einen Kursplatz haben.

Die mangelnden Lehrangebote für Medizinstudierende bezüglich Abtreibungen müssen weiterentwickelt werden, damit die Versorgungslage von FLINTA*-Personen verbessert wird. Daher fordern wir den Ausbau von Beratungs- und Behandlungsangeboten für betroffene Studierende. Ferner sollte die medizinische Lehre dem Thema Krankheitsprävention mehr Aufmerksamkeit widmen und sich interprofessioneller ausrichten.



Wohnen für alle

Eine wichtige Säule der materiellen Absicherung ist die Schaffung von bezahlbarem, unihohem und adäquatem Wohnraum. Der private Wohnungsmarkt in Münster ist von sehr hohen Preisen und langen Wartezeiten gekennzeichnet. Durch die Corona-Pandemie sind die Schwächen des Systems besonders deutlich geworden. Wohnungen des Studierendenwerks sind ebenfalls nur mit langen Wartezeiten verfügbar. Viele Studierende haben daher gerade am Anfang ihres Studiums Probleme damit, für sie finanziell tragfähigen und geeigneten

Wohnraum zu finden. Die Folge kann sein, dass Studierende unter prekären Bedingungen wohnen oder mit hohem Aufwand nach Münster pendeln müssen. Wir setzen uns daher dafür ein, dass es zukünftig studentischen Wohnraum in ausreichender Menge und Qualität gibt. Die konsequente Nutzung von leerstehenden Flächen sowie die Nachverdichtung sind hier probate Mittel, um die Knappheit abzumildern. Die bestehende Mietpreisbremse muss so weiterentwickelt werden, dass Mieter*innen die Sicherheit haben, nicht im Zuge von Mieterhöhungen aus finanzieller Not heraus ihre Wohnung verlassen zu müssen. Da Studierende häufig auch sehr kurzfristig auf Wohnraum angewiesen sind, muss außerdem das Angebot an Notversorgung und temporärem Wohnraum aufgestockt werden. Um alle Potenziale ausschöpfen zu können, muss Studierenden ein niedrigschwelliges Wohnraum-Beratungsangebot zur Verfügung stehen, welches auch mietrechtliche Fragestellungen in den Blick nimmt. Für uns ist klar: der Markt hat beim Wohnungsmarkt versagt. Es braucht starke staatliche Eingriffe und Vergesellschaftungen, denn Wohnen ist ein Menschenrecht und darf kein Luxus sein.

Außerdem sollen Leerstände der Universität genutzt und die (Um-)Nutzung von Bürogebäuden, Dächern universitärer Gebäude oder Freiflächen für Mikrowohnungen stärker unterstützt und beworben werden. Wir wollen uns bei der Stadt dafür einsetzen, Anreize für Vermieter*innen zu schaffen, Studierende bei der Vermietung zu bevorzugen. Wir solidarisieren uns ausdrücklich mit Hausbesetzungen, die auf die Missstände des Wohnungsmarktes aufmerksam machen.

Die Studierendenwerke sind aktuell stark unterfinanziert. Die Landesmittel müssen daher dringend erhöht werden, um Studierende über den Sozialbeitrag nicht noch mehr zu belasten. Für die Wohnungen des Studierendenwerkes bedarf es einheitlicher Bewerbungsverfahren sowie den öffentlichen Zugriff auf die Grundrisse dieser Wohnungen. Die Informationen zum Wohnberechtigungsschein müssen darüber hinaus besser zugänglich sein.



Faire Arbeit

Für Studierende, die an der Uni arbeiten, wollen wir bessere Arbeitsbedingungen schaffen. Wir möchten stärker mit gewerkschaftlichen Hochschulgruppen zusammenarbeiten und die SHK-Vertretung an der Universität stärken. Dazu wollen wir uns dafür einsetzen, dass die Vertretung verbindlich gesetzlich verankert und aus dem Kreis der studentischen Beschäftigten direkt gewählt wird. Zudem fordern wir die Bezahlung von SHKs nach Tarif, damit ihre Arbeit gebührend gewürdigt wird und Studierende nicht trotz Erwerbstätigkeit in finanzielle Engpässe geraten. Die Initiative TVStud, die für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte kämpft, wollen wir weiterhin bewerben und unterstützen.

Viele Studierende sind Teil einer ehrenamtlichen Organisation und stecken viel Freizeit in Herzensprojekte - allerdings meist ohne Vergütung. Wir wollen eine größere Wertschätzung für Ehrenämter schaffen, indem wir die Universität auffordern, derartige Arbeit als Studienleistung anzuerkennen und dafür Leistungspunkte zu vergeben. Alle Ehrenämter sollen bei Krankenkassen, dem BAföG-Amt und allen anderen Stellen leichter anerkannt werden, sodass die Regelstudienzeit bei vielfältigem Engagement nicht als Maß zur Förderung gilt. Ebenso sollte die Möglichkeit gestärkt werden, für ein Ehrenamt ein Urlaubssemester zu beantragen.

Viele Studierende fühlen sich nach dem Studium nicht richtig auf das Arbeitsleben vorbereitet. Der Career Service der Uni bietet schon jetzt Angebote zu Bewerbungsgesprächen, Bewerbungsschreiben, Einblicken in das Berufsleben und vielem mehr. Wir wollen diesen Service bekannter machen, die Vernetzung mit dem AStA vorantreiben und eine Umfrage erstellen, welche weiteren Angebote sich Studierende wünschen. Innerhalb des Angebots des Career Service soll vor allem eine Kooperation mit nachhaltigen Unternehmen angestrebt werden, sodass gerade diese für Studis interessant gemacht werden.

Unsere Ziele im Überblick:

- + Echte BAföG-Reformen: Elternunabhängigeres und digitales BAföG als Vollzuschuss jetzt
- + Ausfinanzierung der Studierendenwerke, so dass die Semesterbeiträge sinken und mehr Kapazitäten in Wohnheimen geschaffen werden können
- + Verringerung von „versteckten“ Studiengebühren
- + Adäquate Adressierung von psychischer Gesundheit an der Universität und Förderung von „gesundem Lernen“
- + Ausbau von Beratungsangeboten zu psychischer Gesundheit
- + Regelmäßige Erhebungen zur psychischen Gesundheit der Studierenden
- + Mehr geförderter Wohnungsbau statt Luxus-Bauten zur Schaffung bezahlbaren Wohnraums
- + Nutzung von leerstehenden Flächen und Nachverdichtung
- + Ausbau der Notunterkünfte und Schaffung von temporären Wohnmöglichkeiten für Studierende
- + Umfangreiche Beratungs- und Informationsangebote zur niedrigschwelligen Unterstützung von Mieter*innen
- + Unterstützung von TVStud im Kampf für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte
- + Fairere Überstunden- und Arbeitsbedingungen für Promovierende
- + Angemessene Vergütung von Medizinstudierenden im Praktischen Jahr
- + Mindestvergütung von Pflichtpraktika während des Studiums

Studium und Lehre vereinfachen

Die Universität ist ein Ort des Lernens, Forschens und Wachsens. Dabei werden sowohl grundlegende wissenschaftliche Denkweisen als auch gesellschaftliche Grundwerte vermittelt. Die Studierenden und alle beteiligten Lehrpersonen spielen in diesem Gefüge eine ausschlaggebende gestalterische Rolle. Um dieser wichtigen Aufgaben gerecht werden zu können, müssen die Strukturen der Universität fortlaufend betrachtet und angepasst werden. Ist ein barrierefreies Studium aktuell möglich? Wie steht es um die Digitalisierung im Studium? Welche Strukturen brauchen wir, damit das Studium menschlicher wird?

Was haben wir bisher geschafft:

- + Einsetzen für barrierefreie Zugänge zu aufgestellten Containern
- + Umstellung der Beratungsformate des AStA, z. B. die psychologische Beratung, auf hybride Formate
- + Etablierung und Ausbau des Laptopverleihs des AStA für Studierende
- + Bargeldlose Aufladung des Studierendenausweises initiiert
- + Erstellung des wöchentlichen Newsletters und der Wochenschau des AStA
- + Ausweitung der KuSeTi-Sprachkurse
- + Beteiligung am AStA-Angebot für Gebärdensprachkurse
- + Intensive Arbeit an der Umgestaltung des Lehramtsstudiums im Rahmen der an den AStA angeschlossenen Beauftragung Lehramt



Barrierefreiheit

Für uns ist es essenziell, dass Bildung für alle zugänglich wird. Daher gilt es sowohl räumliche Barrieren für die Präsenzlehre abzubauen als auch online Lehrmaterialien zur Verfügung zu stellen, die barrierefrei abgerufen werden können.

Wir setzen uns in allen Gremien dafür ein, dass die Uni-Räume – egal ob großer Vorlesungssaal oder kleiner Seminarraum – barrierefrei zugänglich sind. Auch in den von der Studierendenschaft verwalteten Gebäuden ist dieser Standard unabdingbar. Die Gewährleistung der Barrierefreiheit ist essenziell, um sicherzustellen, dass alle Studierenden ihrem Studium nachzugehen können. Der Schutz von Denkmälern darf nicht auf Kosten

benachteiligter Studierender gehen, daher müssen entsprechende Umbaumaßnahmen vorgenommen werden, um eine inklusive Umgebung zu schaffen.

Außerdem braucht es zum Beispiel Schreibplätze für Rollstuhlfahrer*innen in Hörsälen sowie höhenverstellbare Arbeits- und Laborplätze in allen Instituten, die barrierefrei erreichbar sind. Die Uni soll alle Räume so ausstatten, dass eine Teilnahme Aller an der Lehre ermöglicht wird. Dazu zählen zum Beispiel auch die Ausstattung mit Induktionsschleifen und Aufzeichnungsgeräten.

Wenn Vorlesungsaufzeichnungen hochgeladen werden, ist dies unserer Meinung nach schon ein guter Schritt in die richtige Richtung. Diese eLectures sollen jedoch mit Untertiteln versehen werden. Zu Bildmaterialien sollen immer Alternativtexte zur Verfügung gestellt werden und jegliche Vorlesungsunterlagen sollten in Screen-Reader kompatiblen Formaten verfügbar sein. Zur Umsetzung dessen fordern wir regelmäßig stattfindende, verpflichtende Fortbildung für Dozierende und Lehrpersonen.

Der Umgang mit Nachteilsausgleichen muss transparenter vonstatten gehen. Dadurch wird eine generelle Vereinfachung der Beantragung ermöglicht. Zudem müssen auch die Ansprechstellen für behinderte und chronisch kranke Studierende seitens der Uni noch bekannter gemacht werden und leichter zu erreichen sein. Dies wäre ein guter Schritt, die Sichtbarkeit von behinderten, chronisch kranken und neurodiversen Personen in Forschung, Lehre und Studium zu erhöhen. Dabei ist es wichtig, die Senats-Beauftragung für behinderte und chronisch kranke Studierende weiterhin in studentischer Hand zu lassen. Wir fordern außerdem, dass sich die Uni mit ihren ableistischen Strukturen auseinandersetzt und diese in Zusammenarbeit mit betroffenen Personen überarbeitet.



Digitalisierung

Die ULB und die Zweigbibliotheken sind nicht nur in den Klausurenphasen ein beliebter Ort für Studierende. Die Öffnungszeiten und Anzahl der Arbeitsplätze sollten daher stetig erweitert werden.

Wir als CampusGrün möchten die Digitalisierung nutzen, um Prozesse an der Universität einfacher, schneller und Nutzer*innenfreundlicher zu gestalten. Die Barrieren sollen gesenkt und die Lehre an die Lebensrealität der Studierenden angepasst werden. Mit dem Learnweb und den eLectures bietet das Zentrum für Hochschullehre (ZHL) zwei gute Angebote, um die Lehre modern und digital mitzugestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Skripte und vorliegenden Materialien online und zu Beginn der Vorlesungszeit zur Verfügung gestellt und Vorlesungen aufgezeichnet werden. So kann allen Lerntypen und Lebenssituationen Rechnung

getragen werden. Zudem sollen alle pdf-Dokumente durch den Barrierefreiheitsassistenten überarbeitet werden, um Texte durchsuchbar und vorlesbar zu machen. Für jeden Pflichtkurs im Studium muss es dafür einen Learnwebkurs geben. Um dies umzusetzen, muss die Uni mehr Aufzeichnungstechnik anschaffen und sollte auf aktive White-Boards statt auf Tafeln und auf Dokumentenkameras statt auf Over-HeadProjektoren setzen. Diese Maßnahmen kommen unter Anderem Studierenden mit Kind und Studierende, die Angehörige pflegen zugute, die nicht zu jeder Zeit für ein Seminar oder eine Vorlesung zur Uni fahren können.

Mit den Planungen zum Campus-Management-System hat die Universität zwar bereits Schritte unternommen, die Funktionalität überzeugt jedoch bisher noch nicht. Ein besonderes Anliegen ist uns dabei die Fokussierung einer CampusApp, welche das Campus-Management-System, Learnweb, eLectures, Semesterticket, Kultursemesterticket und weitere digitale Services der Uni, des AStA und Studierendenwerks für die Studierenden bündelt. Dazu zählt auch die Möglichkeit einer digitalen Immatrikulation.

Der kontinuierliche Ausbau des Bestandes von eBooks in den Bibliotheken erleichtert die Zugänglichkeit zu Lehr- und Studienmaterialien und verringert die allgemeinen Studienausgaben, da Lehrbücher seltener selbst angeschafft werden müssen. Es ist wichtig, die Abhängigkeit von großen Unternehmen an der Universität zu verringern. Daher bevorzugen wir die Verwendung von Open-Source-Software und eigenen Lösungen in Lehre und Forschung. Das Geld für teure Software-Lizenzen kann die Universität besser in die Bereitstellung digitaler Lehrmaterialien und eBooks stecken. Die semesterweise stattfindenden Online-Evaluationen der Lehrveranstaltungen begrüßen wir als Schritt hin zu einer transparenten und qualitativ hochwertigen Lehre. Wichtig ist jedoch weiterhin unsere Forderung an die Uni, die digitalen Evaluationen der Lehrveranstaltungen den Studierenden und der Öffentlichkeit an exponierter Stelle zugänglich zu machen.

Weiterhin hat die Entwicklung der letzten zwei Jahre gezeigt, dass die Vorteile von Online-Klausuren in manchen Fällen überwiegen. Daher setzen wir uns gegenüber der Uni und den politischen Entscheidungsträger*innen dafür ein, diese weiterhin zu ermöglichen.



Menschliches Studium

Wir möchten allen Studierenden ein menschliches Studium ermöglichen, in dem der unnötige Druck von außen minimiert wird. Daher setzen wir uns weiterhin für unbegrenzte Wiederholung nicht bestandener Prüfungen ein. Des Weiteren möchten wir Anwesenheitspflichten verhindern, damit alle Studierenden in ihrem eigenen Tempo arbeiten kann. Auf diese Weise kann das Studium der Alltagsrealität der Studierenden angepasst werden. Wo Anwesenheitspflichten auch nach eindringlicher Prüfung noch als notwendig

erachtet werden, setzen wir uns für Sonderregelungen für Studierende mit Kind ein. Diese sollen während der Veranstaltung einen Betreuungsplatz zugesichert bekommen.

Wir machen uns dafür stark, dass der Zugang zu zulassungsbeschränkten Studiengängen nicht nur über den NC ermöglicht wird, sondern auch außerschulische Leistungen und fachspezifische Eignungstests eine Rolle spielen können. Langfristig sollte die Anzahl der Studienplätze bedarfsgerecht angepasst werden, damit jeder*jedem Interessierten ein Studienplatz angeboten werden kann. Daher fordern wir zum Beispiel bei den Masterplätzen eine Masterplatzgarantie.

Einen besonderen Fokus legen wir auf die Studierenden, die als Abschluss ein Staatsexamen anstreben. Wir wollen erreichen, dass es vor dem Staatsexamen einen Zwischenabschluss gibt. Auf diese Weise wird die Gefahr, dass bei Nichtbestehen des Staatsexamens die Studienzeit vergebens war, verringert. Für Jurist*innen streben wir einen Bachelor of Laws nach 6 Semestern an. Auch Pharmazeut*innen oder Mediziner*innen sollen nach 6 Semestern schon einen Bachelorabschluss erhalten. Dies könnte beispielsweise ein Bachelor in den Medizinwissenschaften oder in Biomedizin sein.

Auch das Lehramtsstudium wollen wir verändern. Zum Beispiel durch eine Erweiterung der möglichen Fächerkombinationen. Zudem wollen wir den Übergang vom Zwei-Fach Bachelor zum fachwissenschaftlichen Bachelor und Master erleichtern. Bei offensichtlichen inhaltlichen Überschneidungen der Module in den beiden Bachelorfächern soll eine einfache Anrechnung der Leistungen ermöglicht werden. Ebenso setzen wir uns für mehr Grundschullehramts-Studienplätze an unserer Universität ein! Das Angebot entspricht hier absolut nicht dem gesellschaftlichen Bedarf und auch nicht der Nachfrage durch Studieninteressierte.

Damit alle Studierenden, egal in welchem Fach, die gleichen Chancen auf eine Promotion haben, müssen gerade für die Geisteswissenschaften mehr Promotionsplätze geschaffen werden. Die Geisteswissenschaften dürfen nicht hinter den Naturwissenschaften zurückbleiben, sondern müssen an der Uni gleichberechtigt gefördert werden.

Aktuelle Entwicklungen in der Forschung müssen auch Platz in der Lehre finden und so an die Studierenden vermittelt werden. Die Eingliederung interdisziplinärer Forschungszentren nimmt dabei einen wichtigen Platz ein. Wir sehen den Dreischritt aus Lehre, Forschung und Transfer als essenziellen Bestandteil der wissenschaftlichen Grundbildung aller Studierenden. Dozierende sollten ihre didaktischen Fähigkeiten stetig ausweiten können und Schulungsangebote erhalten.

Ebenso setzen wir uns für die Ausweitung der allgemeinen Studien ein! Wir fordern, dass es in jedem Bachelorstudiengang möglich wird, Leistungspunkte über die allgemeinen Studien zu erbringen. Über ein eigenes Zertifikat soll nach einer gewissen Anzahl an Leistungspunkten aus den Allgemeinen Studien, dies als "Allgemeines Studium" bescheinigt werden.

Im Sprachenzentrum und in den Philologien können Studierende bereits jetzt Sprachen lernen. Hier wollen wir über unsere studentische Vertretung das Angebot der verschiedenen Sprachen und vor allem die Anzahl an Anfänger*innenkursen deutlich erhöhen. Auch haben wir durch die Einführung der Kultursemesterticket-Sprachkurse ein alternatives, stressfreies und praxisorientiertes Lernangebot geschaffen. Wer frei von Leistungsdruck die eigenen Sprachfähigkeiten verbessern möchte, findet hier einen Platz.

Um die Aufenthaltsqualität auf den Außenflächen und in den Gebäuden der Uni zu verbessern, fordern wir neben kostenlosen Wasserspendern mehr Sitz- und Aufenthaltsmöglichkeiten. Außerdem müssen die Fahrradabstellmöglichkeiten ausgebaut und eine flächendeckende Versorgung mit Mülleimern erreicht werden. Die Anzahl und Qualität der Gruppenarbeitsräume in allen größeren Uni-Gebäuden soll ebenfalls so verbessert werden, damit Lerngruppen mit notwendiger Infrastruktur ausgestattet sind.

Unsere Ziele im Überblick:

- + Abbau von räumlichen Barrieren für die Präsenzlehre und Ausbau der digitalen sowie barrierefreien Lehrmaterialien
- + Mehr Vorlesungsaufzeichnungen und eine bessere technische Ausstattung in Hörsälen und Seminarräumen
- + Dauerhafte Ermöglichung der Durchführung von Online-Klausuren
- + Keine Beschränkung für Prüfungswiederholungen
- + Verbesserung der Aufenthaltsqualität auf den Außenflächen und in den Gebäuden der Universität
- + Einführung einheitlicher Qualitätsstandards für alle Bibliotheken
- + Bessere Organisation des Zwei-Fach-Bachelors mit und ohne Lehramtsbezug